

Kommentar

„Les Cent-Jours“ von Raffarin

Von den Regional- zu den Europawahlen

MEDARD RITZENHOFEN*

Als er bereits abgeschrieben war und niemand mehr auf seine Zukunft hätte wetten wollen, überraschte er ganz Europa mit seiner Rückkehr. Ende Februar 1815 hatte der Verbannte Elba verlassen, einen Monat später zog er wieder in das Schloss der Tuilerien im Herzen von Paris ein. „L’invasion d’un pays par un seul homme“, wie Chateaubriand notierte. Kein Schuss war gefallen. Umso grausamer war die unwiderrufbare Niederlage im Schlamm von Waterloo. Doch selbst wenn „le vol de l’Aigle“ nicht mehr war als der Epilog eines epochalen Dramas, schrieb Napoléon in „les Cent-Jours“ Geschichte.

Vergleichbares lässt sich von Jean-Pierre Raffarin kaum sagen. Dennoch bemühte der „Le-Monde“-Karikaturist Plantu den markanten Zweispitz des Korsen, um den Premierminister in historischer Mission erscheinen zu lassen. Denn nicht anders als Napoléon in der Völkerschlacht von Leipzig bezog auch Raffarin bei den französischen Regionalwahlen eine verheerende Niederlage. Und ebenso wie „der letzte Gott der Schlachten“ (Friedrich Sieburg) bekam auch der einsame Recke der Reformen seine „hundert Tage“, um sich erneut bei den Europawahlen zu stellen. Das Desaster der Regionalwahlen Ende März, bei dem sämtliche Regionen Frankreichs, mit Ausnahme des Elsasses, links wählten, war

eine Demütigung Raffarins sondergleichen. Seit dem historischen Sieg Mitterrands 1981 hat die Linke zum ersten Mal wieder eine absolute Mehrheit gewonnen – und das in den Regionen, wo doch gerade der frühere Präsident von Poitou-Charentes der eifrigste Anwalt der Dezentralisierung ist. Die Europawahlen sind Raffarins zweite und zugleich letzte Chance. Sollten auch diese klar verloren gehen, ist das politische Schicksal des Premierministers besiegelt. Denn sowenig Frankreich bei den Regionalwahlen nach bretonischen, lothringischen oder burgundischen Gesichtspunkten abstimmte, sowenig dürften es europapolitische Aspekte sein, die bei der Wahl am 13. Juni den Ausschlag geben. Zumal die französische Linke alles getan hat, um diese Europawahl zu einem dritten Anti-Raffarin-Votum zu machen. So spielt es kaum eine Rolle, ob es gilt, die ‘conseils régionaux’ oder das ‘Parlement européen’ neu zu besetzen. Frankreich nationalisiert seine Wahlen. Die Nation ist und bleibt der Nabel der Welt. Auch wenn weder der Élysée-Palast noch der Palais Bourbon zur Wahl stehen, geht man mit Blick auf die in Paris gemachte Regierungspolitik an die Urnen. Und – was noch gravierender ist – Frankreich votiert dagegen.

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

Als Jacques Chirac am 5. Mai 2002 mit 82 Prozent der abgegebenen Stimmen als Staatspräsident bestätigt wurde, stimmte das Wahlvolk weniger für ihn als vielmehr gegen Jean-Marie Le Pen. Ähnliches, nur mit umgekehrten Vorzeichen, geschah am 28. März 2004. Frankreich wählte in den Regionen rot. Nicht wegen eines attraktiven Programms der Sozialisten – welches nicht vorlag –, sondern als Abmahnung der Regierung Raffarin. Diese Abmahnung fiel mit insgesamt über 50 Prozent für die Linke so gepfeffert aus, dass man von einem Misstrauensvotum sprechen kann. Viele Beobachter gingen deshalb vom Rücktritt des Premierministers aus. Chirac gewährte dem Regierungschef die berühmte 100-Tage-Frist, die Raffarin zumindest die Möglichkeit bietet, mit einem achtbaren Ergebnis bei den Europawahlen den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Umgekehrt würde bei einer weiteren Niederlage der bürgerlichen Rechten die obligatorische Auswechslung des ohnehin angeschlagenen Raffarins weniger ins Gewicht fallen als der Tiefschlag für einen eben erst ernannten neuen Premierminister. Warum also einen weiteren Regierungschef in so kurzer Zeit verschleifen?

So markant und massiv sich die Ergebnisse sowohl der Präsidentschafts- als auch der Regionalwahlen ausnahmen, so mager ist paradoxerweise die Zustimmung, die sich dahinter verbarg. Dabei offenbart sich ein bedenklicher Mangel an politischer Kultur. Da mochten sich im Frühling 2002 noch so viele Beobachter über das politische Erwachen einer Gesellschaft freuen, die in Kundgebungen, auf Protestaktionen und im Internet gegen den Herausforderer *Le Pen* mobil machte. Dass die Nation mit dem hohen Wahlsieg Chiracs den xenophoben Brandstifter keineswegs in die Wüste geschickt hatte, bewiesen die Regionalwahlen: Mit ihren über 16 Prozent im ersten Wahlgang konnte die extreme Rechte stillschweigend dort anknüpfen, wo sie vor zwei Jahren mit 16,8 Prozent für *Le Pen*

die Republik in helle Aufregung versetzt hatte. Auch die allseits geäußerte Genugtuung über der Anstieg der Wahlbeteiligung auf über 65 Prozent bei zweiten Wahlgang der Regionalwahlen – 1998 waren es nur 58 Prozent gewesen – kann einen anderen Effekt nicht verdecken. Mit der rigorosen Abkanzelung der Regierung hat die Nation die so dringend benötigten Reformen erst einmal ausgebremst. Wenn man der alten Raffarin-Regierung auch einiges vorwerfen konnte, so besaß sie doch die Courage, jene längst überfälligen Strukturreformen in Angriff zu nehmen, um die die linke Vorgänger-Regierung unter *Lionel Jospin* noch einen großen Bogen gemacht hatte. Im Gegensatz zu so dankbaren Kür-Reformen wie der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare oder der Einführung der 35-Stunden-Woche, mit denen früher die Linkskoalition viel Lob erntete, bedeuten Pflicht-Reformen des Renten- und Gesundheitssystems unpopuläre Kärnerarbeit. Umfassende Reformen in diesen heiklen Bereichen, wo jeder sofort mit dem Sicherheitsgriff nach dem eigenen Portemonnaie reagiert, verlangen Geduld und Zeit. Die französischen Wähler bewiesen weder ersteres, noch gewährten sie letzteres, als sie der Raffarin-Regierung bei der erstbesten Gelegenheit einen Strich durch die Rechnung machten. Damit kultiviert Frankreich einmal mehr das alte Klischee von sich selbst als einem Land, das Revolutionen liebt und auf Reformen nichts gibt.

Politische Inkohärenz

Der Widerstand gegen unangenehme Reformen ist eines, die Kunst, deren Notwendigkeit auch plausibel zu machen, ein anderes. In dieser Kunst hat die Regierung nicht brilliert. Dazu kommt, dass sich Raffarin einige augenfällige Widersprüche leistete, die der „bon sens“, an den er selbst so gerne appelliert, nicht akzeptieren konnte. Die Pannen beim Massensterben alter Menschen wäh-

rend der Hitzeperiode im vergangenen Sommer waren niederschmetternd für einen Premierminister, der nachdrücklich für einen „Humanismus“ in der Politik eintritt. Schließlich konnte es nur Proteste geben, als die Regierung den finanziellen Forderungen einiger Berufsgruppen wie der Mediziner oder Tabakhändler beflissen nachkam und dafür gegenüber Metiers wie Forschern und Künstlern umso größere Unnachgiebigkeit an den Tag legte.

Doch diese disparaten Entscheidungen sind lediglich Etappen in einem generellen Kurs der Inkohärenz, den der Staatspräsident seit jeher fährt. Was gemeinhin als Chiracs Voluntarismus bezeichnet wird, ist nichts anderes als dessen Gabe, das Blaue vom Himmel zu versprechen. Dabei ist Chirac guter Wille kaum zu bestreiten. Doch dieser mit allen Wassern der Stimmenfängerei gewaschene Demokrat jongliert mit zu vielen Bällen. Die „fracture sociale“ beheben und die Schuldenpolitik eindämmen zu wollen, die Steuern zu senken, aber die Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit zu erhöhen und bei alledem den Haushalt gemäß EU-Vorgaben zu sanieren, ist schlicht unmöglich. Schon der Spagat zwischen rigidem Schuldenabbau und innovativer Sozialpolitik ist kaum zu bewerkstelligen. Doch Chirac hat sich nicht einmal ernsthaft bemüht, die unumgänglichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser entgegenlaufenden Ambitionen verständlich zu machen. „Gouverner, c'est choisir“, hat Pierre Mendès France gesagt, und Georges Pompidou verschärfte diese erste Maxime aller Politik, noch als er bemerkte: „gouverner, c'est toujours contraindre“. Chirac hat sich nicht nur nie auf eine Marschrichtung festgelegt, er hat es auch vermieden, der Nation je reinen Wein über den Stand der Dinge einzuschenken. Dass Frankreich über seine Verhältnisse lebt und dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, ist von Chirac nicht zu hören. Als mit der herben Niederlage bei den Regionalwahlen der Regierung ei-

ne Abfuhr erteilt wurde, ließ er deren Chef im Amt. Chirac begnügte sich mit einer Kabinettsumbildung, deren Achse in der Rochade der beiden bis dato einzig erfolgreichen Minister bestand. Der frühere Innenminister Nicolas Sarkozy, der schon als Premierminister gehandelt wurde, übernahm das Finanz- und Wirtschaftsministerium. Dominique de Villepin, der als Außenminister eine flamboyante Figur als Widersacher seines amerikanischen Kollegen Colin Powell während der Irak-Krise gemacht hatte, wurde zum Innenminister ernannt. Sollte der von den Medien zum politischen Wunderkind hochstilisierte Sarkozy als „grand argentier de la France“ an seine Erfolge als „premier flic de la France“ anknüpfen können, dürfte ihm nicht nur das Hôtel Matignon offenstehen, sondern auch der Élysée-Palast.

Doch Jacques Chirac hat dem umtriebigen Politiker Frankreichs nicht umsonst das heikelste Portefeuille gegeben. Denn der einzige Politiker des rechtsbürgerlichen Lagers, der Chirac 2007 ein dritte Kandidatur für das höchste Staatsamt streitig machen könnte, ist Nicolas Sarkozy. Hinter dessen launigem Bekenntnis, „nicht nur morgens beim Rasieren“ an die nächsten Präsidentschaftswahlen zu denken, steckt jene Mischung aus Unverfrorenheit und unbändigem Ehrgeiz, ohne die der Gipfel der Macht nicht in Angriff genommen werden kann. Seit Valéry Giscard d'Estaing Präsident de Gaulle mit seinem „oui mais“ herausforderte und Chirac 1976 seinen Job als Premierminister hinschmiss, um Giscard die eigenen präsidentiellen Ambitionen zu demonstrieren, gilt die gezielte Provokation des Staatsoberhauptes als Eröffnungszug im Kampf um den Élysée.

Schwieriger Sparkurs

Zunächst aber sind die Aufgaben, die den Finanzminister erwarten, gewaltig. Sie reichen von der Eindämmung einer galoppierenden Staatsverschuldung über das schwindelerre-

gende Defizit der Sozialversicherung bis zur Privatisierung staatlicher Großunternehmen. Ob Sarkozy diese wahrhaft herkulischen Herausforderungen stemmen kann, hängt wesentlich von der Entwicklung der Konjunktur ab. Dabei sieht es so aus, als ob das Wachstum der französischen Wirtschaft wieder etwas anziehen würde. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich im ersten Trimester des laufenden Jahres um 0,8 Prozent. Analysten gehen davon aus, dass das Wachstum 2004 um insgesamt 2 Prozent steigen könnte. Doch während die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nach oben weist, bleiben sowohl der Außenhandel als auch die Konsumbereitschaft der Bevölkerung hinter den Erwartungen zurück.

Gemessen wird Sarkozy aber letztlich an seiner Haushaltsbilanz. Im auffälligen Gegensatz zu dem in Frankreich gängigen sparpolitischen 'laissez-faire' scheint der Finanzminister ernsthaft gewillt zu sein, die 3-Prozent-Grenze des EU-Stabilitätspakts für die zulässige Neuverschuldung zu erreichen. Um Frankreich von der Brüsseler Sünderbank zu holen, will Sarkozy alle Ministerien an die Budget-Kandarré nehmen. Damit sind Konflikte im Kabinett vorprogrammiert. Mit Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie ist Sarkozy bereits ebenso aneinandergeraten wie mit seinem Nachfolger de Villepin. Nimmt man hinzu, dass de Villepin, „le nouveau fils préféré de Chirac“ („L'Express“), vom Außen- ins Innenministerium wechselte, um als Gegengewicht zu dem mutmaßlichen Brutus Sarkozy aufgebaut zu werden, wird man auf den Mannschaftsgeist der neuen Raffarin-Equipe nicht allzu viel geben wollen. Nicht umsonst charakterisierte „Le Monde“ die neue Ministerriege mit dem Satz: „Chacun pour soi, sans stratégie commune, ni cohérence d'ensemble.“

Dass Sarkozy nicht auf vorbehaltlose Unterstützung von Seiten des Staatspräsidenten zählen kann, ist offenkundig. In seiner Rede vom 1. April, in der Chirac im Fernsehen auf

das Debakel der Regionalwahlen reagierte, hob er die Arbeitsmarktpolitik und die „soziale Gerechtigkeit“ als Prioritäten hervor. Von Sparanstrengungen zugunsten der Haushaltsdisziplin war nur am Rande die Rede. Dagegen versprach Chirac, die Streichung der Hilfszahlungen für Langzeitarbeitslose ('allocation spécifique de solidarité') zurückzunehmen. Sowohl gegenüber den Forschern als auch den Kunstschaffenden signalisierte er Verhandlungsbereitschaft beim Streit um Lohn- und Stellenkürzungen. Der neue Erziehungsminister François Fillon beeilte sich dann auch, den Forderungen der Wissenschaftler nachzukommen, indem er die Streichung von 550 festen Stellen zurücknahm und 1 000 neue Universitätsposten versprach. Bei der Verringerung des Defizits der Krankenversicherung setzt Chirac auf einen nationalen Reformkonsens mit den Sozialpartnern und der Opposition. Dass dieser angestrebte „accord national“ die Realisierung der Reform nicht gerade beschleunigt, liegt auf der Hand. Zumal der Präsident auch nicht mehr von Reformen spricht, sondern den unverfänglichen Begriff der „Anpassungen“ („ajustements“) an neue Gegebenheiten vorzieht. Erleichtert die soziale Kehrtwende, die Chirac als Reaktion auf die Regionalwahlen vollzogen hat, Sarkozy nicht gerade das Sparen, so wurde Premierminister Raffarin, dessen Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts für null und nichtig erklärt wurden, regelrecht desavouiert. Der Präsident piffte den Regierungschef, den er tags zuvor zur allgemeinen Überraschung im Amt bestätigt hatte, vor einem Millionenpublikum zurück.

UMP auf Distanz

Wenn sich Chirac bislang die Auswechslung des Premierministers von den Medien nicht diktieren ließ, wird er diesen Befreiungsschlag führen müssen, sollten auch die Europawahlen dramatisch verloren gehen. Spätes-

tens dann nämlich gerät der Präsident selbst ins Visier. Die historische Wiedervereinigung des Kontinents löst in Frankreich kaum Enthusiasmus aus. Laut einer von Brüssel in Auftrag gegebenen Umfrage ist die ablehnende Haltung gegenüber der EU-Erweiterung in Frankreich sogar mit 55 Prozent der Befragten am stärksten. Zwei Aspekte bestimmen die Europadebatte: die Kandidatur der Türkei sowie ein mögliches Referendum über die künftige EU-Verfassung. Dass linke und rechte Protestparteien gegen das erweiterte Europa mobil machen, liegt bei der Abneigung gegen den Freihandel der ersteren beziehungsweise der Sorge um weiteren Souveränitätslust der letzteren auf der Hand. Dass aber die Präsidentenpartei UMP sowohl in der Türkei- als auch in der Referendumsfrage zu ihrem Spiritus Rector auf deutliche Distanz ging, überraschte dann doch: Während Chirac nach wie vor die traditionelle Pariser Politik, die dem EU-Ansinnen Ankaras grundsätzlich positiv gegenübersteht, vertritt, vollzog die UMP eine Kehrtwende. Deren Vorsitzender Alain Juppé, der als früherer Außen- und Premierminister noch die pro-türkische Linie verfolgt hatte, sprach sich Anfang April gegen den Beitritt Ankaras aus. Damit schwenkt die große rechtsbürgerliche Formation auf die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Franzosen ein, die von einer EU-Mitgliedschaft der Türkei nichts wissen will. Wurde Frankreich schon durch die Wiedervereinigung Deutschlands in seinem geostrategischen Selbstbewusstsein getroffen, so will man sich nicht auch noch von einer gleichberechtigten „Prusse musulmane“, (Claude Imbert) demographisch in die Schranken weisen lassen. Zudem wäre das von Paris stets favorisierte Konzept einer mit einer Stimme sprechenden „Europe-puissance“, das schon durch die Osterweiterung beschädigt wurde, mit der Türkei vollends hinfällig. Führte Chirac in seiner Pressekonferenz vom 29. April jene „europäische Berufung“ ins Feld, die bereits de Gaulle und Adenauer 1963

gemeinsam hervorgehoben hatten, so sind sich Juppé und seine deutsche Kollegin Angela Merkel darin einig, Ankara nicht mehr als eine „privilegierte Partnerschaft“ anzubieten.

Auch bezüglich eines Referendums über die EU-Verfassung ging die UMP in die emanzipatorische Offensive. Chirac war stets bemüht, sich in dieser Frage nicht eindeutig festzulegen. Mit Juppés Befürwortung eines Volksentscheid erhielt die Diskussion eine rasante Steilvorlage. Bereits die Ankündigung Tony Blairs, in seinem Land das Volk über die EU-Verfassung entscheiden zu lassen, brachte Chirac unter Zugzwang. Denn die französische Nation mit ihrem eingefleischten Sinn für Volkssouveränität wird in zentralen Fragen nicht auf ein Referendum verzichten wollen. Bereits neun Mal waren die Bürger in der V. Republik zu einem Volksentscheid aufgerufen. Dabei werden negative Ausgänge automatisch als Plebiszit gegen die Staatsführung gewertet. So wird sich Chirac besonders an die Maastricht-Verträge erinnern, die seine Landsleute 1992 in einem Referendum nur mit denkbar knapper Mehrheit billigten. Erst einmal aber muss der Staatspräsident Sorge tragen, dass das Stimmverhalten bei den Europawahlen nicht als Volksentscheid gegen ihn interpretiert wird. Dass die große rechtsbürgerliche Formation, die 2002 nur zur Unterstützung des Präsidenten gegründet wurde, nicht nur bereits wieder in rivalisierende Strömungen zerfällt, sondern Chirac bei den meistdiskutierten europapolitischen Fragen auch in den Rücken fällt, erleichtert dem Wähler nicht gerade die Stimmabgabe für die UMP. Oder wird damit nur das Terrain vorbereitet, auf dem Chirac zum gegebenen Zeitpunkt selbst einen Kurswechsel vollziehen kann? Ist der Staatspräsident, der 2002 über mehr Macht verfügte als jeder seiner Vorgänger im Élysée-Palast, noch Herr des Verfahrens, oder sollten mit „les Cent-Jours“ von Raffarin auch die Tage des Präsidenten bereits gezählt sein?